

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 RM., bei Selbstabholung 4.25 RM. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 6.00 RM., für 1 Monat 2.20 RM. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 80 Pf.). Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig, Fernsprecher: 13603.

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Pettizelle 1.55 RM. — Die 7gespaltene Pettizelle mit Playvorschrift 1.85 RM. — Die 7gespaltene Pettizelle Familiennachrichten 1.40 RM. — Die Reklame-Pettizelle 0.35 RM. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Sabotierung der Arbeiter-Regierung?

Noch immer Gefahr der Militärdiktatur. — Die zögernde sächsische Regierung.

Soll die Regierungsumbildung verlangsamt werden?

Berlin, 25. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Frage der Kabinettsbildung scheint jetzt so zu stehen, daß die Mehrheitspartei an die Bildung einer reinen Arbeiterregierung gar nicht mehr denken und auch von einer gründlichen Umbildung der jetzigen Regierung absehen wollen. Wie es heißt, sollen nur die drei sozialistisch-freischützenden Parteien im Kabinett wecheln. An die Stelle Gumbelers soll der Direktor Gans von der Havag als Reichsfinanzminister treten. Gans gehört dem Zentrum an, steht aber auf seinem äußersten rechten Flügel und hat auch Beziehungen zu den Deutschnationalen. Als Reichswirtschaftsminister ist der ehemalige Leiter des Wiederaufbau-Ministeriums, der frühere Altonaer Oberbürgermeister Dr. Gehler, in Aussicht genommen. Selb Messert soll dann von dem Vorsitzenden des Bauarbeiterverbandes, dem Sozialdemokraten Eilberschmidt übernommen werden. Als Reichsarbeitsminister wird Legien genannt. Jomell soll, nachdem der Reichstag eine beratende Ergänzung des Kabinetts gefordert, das ganze Ministerium demissionieren, um dann von Oben neu bestellt zu werden. Ob die Gewerkschaften, denen die sozialdemokratische Praxisonne einen Einfluß auf die Regierungsbildung einräumte, mit einer beratenden Funktion abfinden werden, muß noch abgewartet werden. Eine Kabinettsveränderung wie die vorgesehene, löst selbst in der Leipziger Tagesblätter und beim Vorwärts auf lebhaften Widerstand. Stämpfer schreibt in dem einleitenden Artikel, in dem er eine weitergehende Ergänzung fordert, die bezeichneten Worte: „Der Partei kann unter den gegebenen Umständen weniger denn je zugemutet werden, daß sie eine willkürliche und unzulässige Verlangung der im Amt verbleibenden sozialistischen Minister bilden soll. In einer wahren Demokratie geht der Zug nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben.“

Die Unabhängige Sozialdemokratie kann sich natürlich mit solcher Verlangung der Regierungsbildung durchaus nicht zufrieden geben. Die regierende Koalitionsschicht scheint noch nicht ganz erkannt zu haben, daß die letzten Tage eine Wendung in der Geschichte der deutschen Republik bedeuten. Die Arbeiterklasse muß es ihr mit aller Klarheit und Schärfe zu verstehen geben. Öffentlich vertragen die Rechtssozialisten dabei nicht! Die mit vollen schweren Opfern an Blut und Gesundheit erkämpfte Einheitsfront des Proletariats, das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse stünde sonst auf dem Spiel! Das dürfen sie nicht vergessen!

Die Zeitung der Unabhängigen Sozialdemokratie hat in einer neuer Rundgebung die dringlichsten Forderungen des Tages formuliert. Es wird uns darüber gemeldet: Berlin, 25. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Zentralkomitee der U. S. V. D. erläßt folgende Erklärung zur gegenwärtigen politischen Lage:

Der Militarismus, das mächtigste Werkzeug des Kapitalismus, hat seine Volksherrschaft erwieben sowohl unter der Kaiserlichen wie unter der heutzutage rechtsozialistischen Nachfolger. Durch den entschlossenen Widerstand der sozialistischen Arbeiterklasse aller Parteien wurde der Versuch der Reichsregierung der Dunkel- und Militärs abgelehnt. Nur die Überwindung der Regierung durch die organisierte Arbeiterklasse ermöglicht die wirkliche Überwindung jeder militärischen Gewalt.

Eine solche Regierung müßte sofort damit beginnen, folgende ersten Maßnahmen durchzuführen:

1. Entwaffnung und Auflösung aller konterrevolutionären Formationen. Mannschafteinsatz aus den Reihen der organisierten Arbeiterklasse; politisch zuverlässige Führer.
2. Aufhebung des Ausnahmezustands. Freilassung aller verhafteten Revolutionäre und umfassende Amnestie.
3. Befreiung aller an dem rassistischen Umsturz beteiligten Gegenrevolutionäre und der für das Gelingen von Revolutionen Verantwortlichen.
4. Durchführung der Sozialisierung, beginnend auf dem Gebiet des Bergbaus und der Energie-Erzeugung — Kohlen, Wasser, Kraft, Elektrizität. Weiterführung der Sozialisierung der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, des Transport- und Verkehrswesens,

sowie anderer hochentwickelter Industrien. Umfassende Kommunalisierung.

5. Überführung des Grundbesitzes und der großen Forsten in gesellschaftliches Eigentum. Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind durch Bereitstellung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel durch Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen.

6. Sicherung der Lebensmittelversorgung der städtischen Bevölkerung. Schärfste Bekämpfung des Lebensmittelwunders.

7. Ausbau der Sozialgesetzgebung. Anpassung der Löhne, Gehälter, Renten und Unterhaltungen an die Kosten der Lebenshaltung. Wirksame Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft.

8. Freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern. Frieden mit Rußland. Erfüllung der sich aus dem Friedensvertrag ergebenden Verpflichtungen.

Nur eine Regierung, die diese Maßnahmen durchführt, wird bei der Arbeiterklasse das Vertrauen finden, daß sie es ermöglicht, Deutschland aus dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch herauszuführen.

Einigung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Aus dem Industriegebiet des Rheins kommt heute eine bedeutungsvolle Nachricht. Danach haben die Verhandlungen zu dem Ergebnis geführt, daß sich die Vertreter aller Parteien mit den in Berlin vereinbarten Forderungen einverstanden erklärt haben. Die Kampfhandlungen sollen daraufhin eingestellt, die Waffen abgelegt, und Einwohnerwehren gebildet werden. Wenn die Nachricht richtig ist, würden durch dieses Abkommen die bevorstehenden blutigen Kämpfe vermieden. Zugleich wäre damit ein wesentlicher Schritt nach vorwärts getan. Wenn die Arbeiterklasse im Reich geschlossen hinter die Berliner Vereinbarungen tritt, wird damit die beste Garantie für die Verwirklichung der anspruchsvollen Forderungen und Bedingungen geschaffen.

Die Meldung des Wolffschen Bureau lautet:

Bielefeld, 25. März. Nach eingehenden Verhandlungen der Arbeitervertreter und Stadtverwaltungen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks wurde eine Einigung geschlossen, in der ausgedrückt wird, daß die Vertreter aller beteiligten Parteien ihre Forderungen zur Entwertung der durch den Rapp-Putsch entstandenen Lage auf Grund der Vereinbarungen in Einklang bringen wollen, auf Grund deren die Vorstände der deutschen Gewerkschaften, der U. S. V. D. und der U. S. V. D. vorseitig in Berlin die Beendigung des Generalstreiks beschlossen haben. Die Korps Division, Lichtschlag und Schulz sollen aufgelöst werden. Zur Unterdrückung der ordentlichen Sicherheitsorgane wird eine Einwohnerwehr in Stärke bis zu drei auf tausend Einwohner aus den Kreisen der republikanischen Bevölkerung gebildet. Es erfolgt sofortige Abgabe der Waffen und Munition, sowie die Übergabe des requirierten und erweiterten Geesetzrechts an die Gemeindebehörden. Bei lokaler Einhaltung dieser Vereinbarung wird ein Einmarsch der Reichswehr in das rheinisch-westfälische Industriegebiet nicht erfolgen. Der verschärfte Ausnahmezustand soll sofort aufgehoben werden.

Berlin, 25. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit schreibt: Im Ruhrgebiet herrscht unruhige Ruhe. Eine Konferenz der Vertreter aller Arbeiterparteien beschloß am Sonntag die Auflösung aller Truppeneinheiten, die reaktionärer Gesinnung verdächtig sind, die Bildung eines Volksheeres unter zuverlässigen republikanischen Führern, Befreiung der Gewerkschaften und Wahrung der Volksherrschaft. Die Militärdiktatur wurde abgelehnt, mit einer Arbeiterregierung erklärte man sich einverstanden. Die Arbeiter beschließen, daß die Regierung nur Waffeneruhe gewährt habe, um die Truppen zu sammeln und dann loszuschlagen. Das muß unter allen Umständen verhindert werden.

Die Gerüchte über die Bildung einer roten Armee sind unwahr. Die Arbeiterklasse ergreift nur Verteidigungsmaßnahmen, um ein Neuzerbrechen der Situation zu verhindern. In den Straßen ist nichts von Revolution zu sehen. Der Verkehr herrscht wie im tiefsten Frieden. Keinerlei Ausschreitungen sind zu verzeichnen. Alle Arbeiterparteien stehen in geschlossener Front. Die Arbeiterklasse wird erklart, die Regierung zur Einhaltung der Abmachungen zu zwingen. Auch der Vorwärts bestätigt, daß im Ruhrgebiet von einer Militärdiktatur keine Rede sein könne. Die Streikbewegung sei beendet. An der Ausbildung der öffentlichen Gewalt beteiligten sich auch die rechtssozialistischen Arbeiter. Dabei findet sich der folgende, für den Vorwärts interessante Satz: „Solange die Bergarbeiter dem überlebenden Deutschland die Kohlen nicht sperren, müssen sie mit ernüthert werden. Und wenn sie sich die Regierungstruppen mit ihrer jetzigen Führung vom Leibe fern und die Ordnung im Lande aufrecht erhalten, beneiden und beglückwünschen wir sie dazu.“

Die Militärdiktatur Seckt.

Wir erhalten heute verspätet den folgenden Artikel unseres Berliner Korrespondenten, der am 22. März geschrieben wurde, aber uns infolge der gestörten Verbindungen erst jetzt erreicht. Die Angaben des Artikels sind inzwischen überholt, namentlich sind der verschärfte Belagerungszustand und die Standgerichte aufgehoben. Aber die Darstellung verdient trotzdem noch mitgeteilt zu werden, weil sie zeigt, daß die Gefahr der Militärdiktatur durchaus noch nicht abgewendet ist. Und weil die Verbrechen, die die Militärdiktatur des Nachfolgers Kösters begangen hat, bekannt werden müssen und Sühne heißen. Wie fragen, was mit den Schuldsigen an den Ueberfällen auf Adlershof und Köpenick, an der Gefährdung der verheißenden Grenzlinien und an den handrechtlich erzwungenen unfruchtbarsten Genossen geschieht? Sollen sie straflos angehen wie die Karol und Kessel?

Die Militärdiktatur des Herrn Lüttich ist durch eine Militärdiktatur von jehnschärferer Schärfe durch den General Seckt abgelöst. Die meuternden Bataillone, die vor den Toren Berlins lagen, sind ersetzt durch Reichswehrsoldaten, die ihren ganzen Heldenmut anstatt an den bewaffneten Aktivistinnen, an den bewaffneten Arbeiterinnen ausgeben. Das ist in zwei Tagen die wahre Lage in Berlin, nachdem gestern die Reichsregierung hier wieder eingetroffen ist. Die bewaffneten Arbeiter, die man eben selbst zum Widerstand gegen die meuternden Mittwiltstruppen aufgerufen hat, die man zu diesem Zweck durch die Parteiorganisationen, auch der Rechtssozialisten, hat bewaffnen lassen, werden heute durch Herrn Seckts Reichswehrrégimenter mit Maschinengewehren und Minenwerfern bekämpft und handrechtlich erschossen. Mit schwarz-weißen Fahnen und einem Fragezeichen als ihrem Abzeichen ziehen Reichswehrruppen zu Tausenden in Berlin ein. Der verschärfte Belagerungszustand ist über Berlin verhängt. Standgerichte sind errichtet, in Adlershof und Köpenick sind unsere Genossen, die sich zum Zwecke der Entwaffnung der meuternden Truppen bewaffnet haben, zum Teil in Kämpfe, zum Teil handrechtlich erschossen worden. Bildgewordene Autos, stumme Maschinengewehrschiffe in die Luft sendend, durchrasen die Straßen Berlins. Herr Seckt teilt mit, daß, wer sich nach 7 Uhr auf den Straßen Berlins bewegt, sich der Gefahr aussetzt, erschossen zu werden. Der gesamte Norden wird vom Silber durch eine quer durch die Stadt gezogene Sperre getrennt. Eisenjähne mit Drahtvorhängen in halber Häuserhöhe sperren den Norden vom Süden der Stadt. Nach 7 Uhr abends darf niemand mehr diese Sperre passieren. In einzelnen Stellen der Stadt, so in der Invalidenstraße, sind Schützengraben, errichtet, Unterstände und Maschinengewehrstände eingebaut. Adlershofmauern sind durchbrochen, um gedeckte Maschinengewehre aufstellen zu können. Die Stadt gleicht an einzelnen Stellen einer Festung, die sich im Verteidigungszustand gegen anrückende Feinde befindet. All diese Vorbereitungen dienen nur dem einen Zweck, der Bevölkerung den Bürgerkrieg des Bolschewismus vorzuliegen, um hinter dieser Kulisse ungestört die skrupelloseste Militärdiktatur aufzurichten zu können. Wie eine Entwaffnung der Meuterer wird selbstverständlich nicht mehr gedacht, kann nicht mehr gedacht werden. Denn weder Herr General von Seckt, noch seine Truppen können oder wollen eine solche Aktion durchführen. Die einzigen, die es gelohnt hätten, wären die Arbeiter gewesen. Gegen sie aber wird durch den angeblich regierungstreuen General Seckt, unter Verantwortung der Reichsregierung, das Standrecht gelöst. Die wahren Drahtzieher Ludendorff und Oberst Bauer stehen bisher außerhalb jeder Verfolgung. Der militärische Führer des ganzen Putsch, General Ehrhardt, liegt mit seiner Truppe drohend in Döberitz und wartet mit seiner Truppe auf die Gelegenheit zu neuem Eingreifen. Das ist die „Ordnung“, die die Reichsregierung so tapfer glaubt in Stuttgart wiederhergestellt zu haben.

Um den Bolschewismus als Bürgerkrieg dem Bürgerium gegenüber grauenhaft darzustellen, erfindet die Militärdiktatur des Herrn Seckt alljährlich neue Grenzmeldungen. In Adlershof, einem Vorort Berlins, hatte sich die gesamte Arbeiterklasse bewaffnet, um die abziehenden Bataillone zu entwaffnen und den Ort vor ihrem Einrücken zu schützen. Plötzlich rückten Reichswehrruppen gegen Adlershof vor und begannen die Arbeiterwehr, die nicht wollte,